

Antisemitismus und Gewalt

Vortrag in Wien am 13. 11. 2001

von Tjark Kunstreich (Berlin)

Linken wird gern vorgehalten, sie vermengten Dinge, die nicht zueinander paßten, indem sie beispielsweise fortwährend auf Auschwitz und den Antisemitismus verwiesen, wo es doch auch Dinge gebe, die davon nun überhaupt nicht affiziert seien. Gern wird zum Beispiel auf die sogenannten Völker der sogenannten Dritten Welt verwiesen, deren Antisemitismus – wenn man überhaupt in diesem Zusammenhang davon sprechen wolle – doch mit dem deutschen, der Auschwitz exekutierte, nichts zu tun habe; hier könne man von „Volk“ selbstverständlich nicht sprechen, aber da unten wohl. Warum man überhaupt von Völkern reden muß, eine Antwort darauf bleibt dieser Einwand ebenso schuldig wie eine Begründung, weshalb und worin Judenhaß und Antisemitismus sich unterscheiden; zumal wenn er sich, wie in den arabischen Staaten, derselben Propaganda bedient. Allzu deutlich ist dem Verweis auf die sogenannte Dritte Welt außerdem der Wunsch abzulesen, Auschwitz gleichermaßen zu **historisieren** und zu **regionalisieren**. **Historisiert** wird ausgerechnet mit der These von der Einzigartigkeit, sie wird zugespitzt auf eine Unwiederholbarkeit der Massenvernichtung. Das deutsche Vernichtungsprojekt wird, indem der nationale Charakter des Verbrechens herausgestellt wird, **regionalisiert**. Daraus folgt dann: Erstens kann sich Auschwitz oder Ähnliches nicht wiederholen und zweitens haben wir es mit einem deutschen Verbrechen zu tun, daß sich nicht auf einen anderen – hier würde mein unsichtbarer Diskussionspartner jetzt sagen: – kulturellen Kontext übertragen ließe. Unbedingte Voraussetzung für diese Sicht der Dinge ist die Leugnung der antisemitischen Gewalt, wie sie seit Beginn der Al-Aqsa-Intifada eskaliert ist. Denn diese Gewalt, ihrer Form nach brutal enthemmt, trägt ausschließlich die Botschaft der Vernichtung. In den deutschen Medien werden die Terrorankündigungen und -bekenntnisse kaum zitiert, die widerliche Propaganda, mit der eben nicht nur Hamas und Djihaad arbeiten, sondern alle anderen auch, kommt überhaupt nicht vor. Bestes Beispiel dafür ist das Gratulationsschreiben Arafats an die Eltern des Selbstmordattentäters, der Anfang Juni am Strand von Tel Aviv über zwanzig junge Israelis ermordete: Berichtet wurde darüber auf *3sat*, also ziemlich randständig; dementieren durfte Abdalla Frangi, der Vertreter der PLO in Deutschland, jedoch im ersten Programm – Frangi, der seit Beginn der Al Aqsa-Intifada nach jedem Anschlag dafür zuständig war, den Deutschen zu erklären, daß die Israelis selbst schuld seien. Er war übrigens am 11. September einer der ersten Experten, die im deutschen Fernsehen auftraten: Er zog die Linie von den Anschlägen zum Nahost-Konflikt, ohne überhaupt zu den Anschlägen selbst Stellung zu nehmen. Seitdem darf Frangi in keiner Diskussion über die Folgen des 11. September mehr fehlen. Man setzt ihn neben Ephraim Kishon, den er der Lüge zeihen darf, als Kishon davon spricht, daß es eben auch die Vertreibung der Juden aus den arabischen Staaten gegeben habe und nicht nur das Flüchtlingselend der Palästinenser. Die Leugnung antisemitischer Gewalt geschieht nicht etwa, weil man etwas verschweigen wollte oder befürchtete, die pro-palästinensische Haltung

Deutschlands könne Verdacht erregen. Tatsächlich kommen die Journalisten nicht einmal auf die Idee, was sie veranstalteten sei tendenziös, und das Publikum erst recht nicht. Im Gegenteil: Von der Überzeugung ausgehend, daß die deutsche Öffentlichkeit überwiegend pro-israelisch eingestellt ist, will man doch nur differenziert und kritisch berichten. Diese Berichterstattung wird als eigentlich im Interesse Israels verstanden, nur daß die Israelis nicht erkennen, was doch nur zu ihrem Wohl sei. Bei aller kritischen Distanz und Differenzierung, sind sich alle vollkommen einig, daß die Palästinenser die Opfer Israels seien. Dieser Opferstatus ist, was man nachfühlen kann. Völker verstehen ohne Worte. Man weiß eben, das Problem heißt Israel, wie Jürgen Möllemann das unwidersprochen von deutschen Politikexperten zur besten Sendezeit auf den Punkt brachte. Die Leugnung der antisemitischen Gewalt ist die Voraussetzung dafür, daß man es in Deutschland für selbstverständlich hält, daß Israelis sich für die Politik Israels zu rechtfertigen haben – und mit ihnen alle Juden – während stillschweigend vorausgesetzt wird, daß dies die palästinensische Seite nicht nötig habe, mithin ihr Tun sich aus sich selbst heraus rechtfertige. Wobei die Rechtfertigung der Juden immer die Note „ungenügend“ erhält und zugleich selbst brutale Übergriffe wie der Lynchmord an zwei Reservisten mit dem Hinweis auf die israelische Besatzung rationalisiert wird. Die Selbstmordattentäter, so heißt es, handelten aus Verzweiflung, und diese Verzweiflung wird nachgeföhlt: Nicht nur Rationalisierung, sondern auch ein erschreckendes Maß an Empathie wird deutlich. Schließlich föhlt sich die deutsche Öffentlichkeit nicht zuletzt nach der Debatte um die Entschädigung für Zwangsarbeit auch als Opfer dunkler Machenschaften, vorzugsweise jüdischer Organisationen.

Ein Moment des Erschreckens oder Innehaltens, wie es zum Beispiel in Großbritannien oder Frankreich, die auch offiziell eine pro-arabische Politik betreiben, in den Medien trotz harscher Kritik an Israel zu beobachten ist, fehlt in Deutschland angesichts solcher Verbrechen – wie übrigens auch im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich, wenn es um rassistische Verbrechen im eigenen Land geht. Oder, wie es Tina Heinz in der *Bahamas* ausdrückte: „Tatsächlich: Es sind Deutsche, und ihrer Logik, daß Vernichtungseifer nur dadurch gebremst werden kann, indem man seinen Anlaß beseitigt, bleiben sie treu. Wenn man ostdeutschen Nazis immer dann einen Jugendclub spendiert hat, nachdem sie einen ‚Fidschi‘ fast erschlagen hatten, warum dann den Palästinensern nicht gleich einen eigenen Staat zubilligen?“

Die Leugnung antisemitischer Gewalt beruht also auf Einverständnis mit den Tätern; dieses Einverständnis setzt den Antisemitismus als Struktur voraus, das heißt in diesem Fall die von allen geteilte Annahme, es gebe ein Problem mit Israel, es gebe eine „Judenfrage“. Das hat zur Folge, daß auch noch Mörder, die sich brutalster Verbrechen schuldig machten, irgendwie als Opfer erscheinen: nämlich jener Ungerechtigkeit, die an der israelischen Politik festgemacht wird. Allerdings gilt hier Beate Klarsfelds Wort, daß wer heute gegen Israel auftritt, alle Juden meint. Das bestätigte sich nach dem Beginn der Al Aqsa-Intifada, als im Oktober 2000 weltweit Anschläge gegen jüdische Einrichtungen stattfanden, die im übrigen das Maß der rassistischen Übergriffe gegen vermeintliche oder wirkliche Muslime nach dem 11. September bei weitem übertrafen; nach Angaben der Anti-Diffamation-League wurden mehr Synagogen angegriffen als während der Pogrome vom

November 1938. In vielen europäischen Ländern erfuhren Jüdinnen und Juden, was in Deutschland und Österreich seit Jahrzehnten selbstverständlich ist: den Belagerungszustand, wie er sich im Polizeischutz für Kindergärten, Schulen, Altenheime, Gemeindezentren, Synagogen, Museen vermittelt. Einen Aufschrei des Protestes gab es damals nicht; antirassistische Gruppen und Organisationen, die heute darauf aufmerksam machen, daß selbstverständlich keiner der Menschen, die für arabisch oder muslimisch gehalten werden und rassistischen Angriffen ausgesetzt sind, mit dem 11. September etwas zu tun haben, waren damals nicht willens oder in der Lage wenigstens zur Differenzierung zwischen Einrichtungen des israelischen Staates und jüdischen Gemeinden aufzurufen – auch das wäre schon kritikwürdig genug gewesen, aber daß es unterblieb, demonstriert, wie selbstverständlich Jüdinnen und Juden gerade von jenen in Kollektivhaftung genommen werden, denen ansonsten an Differenzierung immer sehr gelegen ist. Antisemitische Gewalt, wie zum Beispiel der Novemberpogrom in Deutschland und Österreich oder die Übergriffe nach dem „Anschluß“, bleibt also als Makel an den Opfern kleben; irgendwie muß es eine Besonderheit haben mit diesen Leuten. Das gilt nicht nur für Betrachtungen anläßlich der Wiederkehr von Jahrestagen wie dem 9. November, an denen regelmäßig statt über den Antisemitismus über die Befindlichkeit von Jüdinnen und Juden berichtet wird. Auch der Blick auf heutige Geschehnisse im Nahen Osten wird davon bestimmt.

Joseph Ish-Ran und Jacob Mandell wurden am 9. Mai 2001, einen Tag nach ihrem Verschwinden, tot aufgefunden. „Ersten Untersuchungsergebnissen zufolge wurden sie vermutlich von mehreren Angreifern in der Nacht zu Tode gesteinigt“, lautet der einzige Satz, den die Israel-Korrespondentin der regierungsnahen Tageszeitung *taz*, Susanne Knaul, am 10. Mai über die Todesursache der beiden Jungen verliert. In einem Artikel unter der Überschrift „Siedler drohen mit Vergeltung“ vermeldet sie hingegen ausführlich die Reaktion der Siedler, die jedoch in überhaupt kein Verhältnis zur barbarischen Tat gestellt wird. Knauls Berichterstattung lebt von der Sympathie mit dem „unterdrückten Volk“, so schweigt sie lieber elegant, wenn die Sympathie für dieses „Volk“ von bestimmten Geschmacksfragen tangiert werden könnte. Sie steht für einen Journalismus, der immer nur die Debatten am heimischen Küchentisch reproduziert; vorzugsweise gehen solche Leute als Journalisten nach Israel, denn über die Juden weiß man ja bescheid. Muß sie über Ereignisse berichten, in denen Juden Opfer sind, geraten ihr die Artikel schneidend kalt, ohne daß man dieser Kälte Mühe anmerkte; nicht einmal die Jugend der Opfer läßt sie ein Wort des Mitleids verlieren. Die beiden Vierzehnjährigen hatten am 8. Mai die Schule geschwänzt und waren auch nicht mit den anderen Jugendlichen ihrer Siedlung zu einer Demonstration ins nahegelegene Jerusalem gefahren. Erst nach der Rückkehr von der Demonstration vor Scharons Regierungssitz fiel das Fehlen der beiden Freunde auf, nach stundenlanger Suche fand man die beiden Leichen. Die *Times*, der man ebensowenig wie der *taz* irgendeine Sympathie mit Israel nachsagen kann, nennt, im Gegensatz zur *taz*, die Namen der Jungen und zitiert einen Nachbarn, der an der Suchaktion beteiligt war: „Sie sahen aus, als wären sie zu Tode gesteinigt und dann erstochen worden. Es

war eine schlimme Szene.“ Die Mörder hatten den Jungen die Köpfe eingeschlagen, ihre Angehörigen erkannten sie später nicht wieder. Joseph und Jacob waren zu ihrem Lieblingsplatz gewandert, einem Wüstental in der Nähe, in dem sich Höhlen befinden, die schon in der Steinzeit bewohnt waren. Josephs Familie war vor mehr als dreißig Jahren aus dem kurdischen Nordirak nach Israel gekommen, sein Vater ist Polizist, seine Mutter Krankenschwester. Die Mandells kamen vor sieben Jahren aus den USA, der Vater Hochschullehrer, die Mutter Journalistin. Die Tekoa-Siedlung mit 250 Familien gehört, wenn man so will, zum gemäßigten Teil der Siedlerbewegung; einige Siedlungen in der Nähe von Jerusalem sind ohnehin nicht so sehr aus ideologischen Gründen entstanden, sondern schlicht, weil Wohnungen in Jerusalem unbezahlbar sind. Auch spricht die Vorstellung von zwei Freunden völlig unterschiedlicher Herkunft, der eine dunkel, der andere hell, die einfach nur die Schule schwänzen wollten, nicht für das offizielle Bild vom fanatisierten Siedler; sie entspricht eher den Multikulti-Wunschbildern hiesiger Zivilgesellschaftler. Der spontane Ausflug der beiden vermittelt, daß sie sich relativ sicher gefühlt haben müssen.

Das allerdings gilt auch für die Mörder. Die Polizei, berichtet die *Times*, gehe von einem spontanen Verbrechen aus; dabei mag es vielleicht nicht geplant gewesen sein, aber wer stundenlang jemanden zu Tode foltern kann – nichts anderes ist eine Steinigung, aus dem Iran wird berichtet, daß die Prozedur drei bis vier Stunden dauern kann – der hatte zuvor schon den Wunsch, es zu tun. Später stellt sich heraus, daß die Angreifer die Jungen nicht am Ende mit Messerstichen töteten, sondern solange mit Steinen auf sie einhieben, bis alles Leben aus ihnen gewichen war, aber auch danach ihrem Blutrausch offenbar nicht Einhalt gebieten konnten oder wollten. Und wie schon im vergangenen Winter, als zwei israelische Reservisten „spontan“ ermordet wurden, tauchte man auch in der Höhle nahe Tekoa die Hände in das Blut der Opfer und hinterließ Abdrücke an den Wänden. Weil nach jüdischem Ritus der ganze Mensch beerdigt werden muß – daher die Bilder nach Selbstmordattentaten, auf denen noch die kleinsten Überreste und Blutspritzer eingesammelt werden; und deswegen die Bomben, die größtmögliche Verstümmelungen anrichten (und im übrigen daher die Verbrennung der ermordeten Juden in den Krematorien der deutschen Vernichtungslager) –, wurden alle blutbefleckten Steine den Jungen mit ins Grab gegeben.

Es gibt Ausflüge und Ausflüge; die einen gönnen sich einen freien Tag oder gehen ins Schwimmbad, um Spaß zu haben – für andere hingegen ist das langweilig, sie lauern auf eine Möglichkeit zum Pogrom gegen jene, die ihren kollektiven Feind personifizieren. Wenn der vor Sinnlosigkeit rasende Mob, der durchaus aus nur einer Person bestehen kann, die sich als Vollstrecker fühlt, sich seine Opfer sucht, dann geht es ihm nicht nur ums Töten: das Opfer muß auch inszeniert werden. Das kann sowohl in einer besonders grausamen Art des Tötens geschehen, als auch in einer bestimmten Form, den toten Körper zu hinterlassen. Die Vollstrecker versichern sich mit ihrer Tat der Zugehörigkeit zu ihrem Kollektiv, in dem jeder sagen können muss, daß auch er dabei gewesen wäre. Das Gefühl, in höherem Auftrag zu handeln, ermöglicht es den Vollstreckern, besonders grausam vorzugehen, zumal wenn es sich um demonstrative Akte handelt, die, mangels Möglichkeit, zunächst noch Einzeltaten sind. Das erklärt auch das Desinteresse an den

genaueren Umständen des Todes der beiden Jungen, wie es nicht nur bei Knaut in der *taz* zum Ausdruck kommt. Während anlässlich von Kindsmorden in Deutschland jedes schreckliche Detail von den Massenmedien in epischer Breite verhandelt wird, ist den beiden toten Jungen von Tekoa in der Berichterstattung ein weiteres Mal Gewalt angetan worden, indem sie von Individuen auf Exemplare reduziert wurden, weil sie als Juden angegriffen wurden und starben. In den deutschen Medien wurde genau verstanden, was die Mörder von Tekoa vermitteln wollten: Das ist die Wirklichkeit eines Ritualmordes.

Die Leugnung der Brutalität antisemitischer Gewalt ist eben nicht Ignoranz oder gar Pietät geschuldet, sondern deutet ebenfalls auf Einverständnis mit den Tätern. So wie bei Martin Walser, der im *Mannheimer Morgen* vom 20.10.2001 folgendes zum 11. September zu Protokoll gab: „Ich musste am Abend in Bamberg lesen. Ich fragte mich, wie kann man nun aus einem Roman lesen, der ‚Der Lebenslauf der Liebe‘ heißt? Doch die Organisatorin sagte, wir machen es trotzdem. Also folgte ich einem inneren Impuls und sagte: Die Amerikaner pfuschen mir schon wieder drein. Die Leute waren irritiert, und ich habe erzählt, dass am 21. November 1963 mein Stück ‚Überlebensgroß Herr Krott‘ in Stuttgart uraufgeführt werden sollte, wegen der Ermordung Kennedys aber abgesagt wurde. Dann habe ich gelesen, später haben zwei Zuhörer gesagt: Sie haben uns den Tag vergessen lassen. Eine schöne Erfahrung für mich als Autor.“ Die einzige Wahrnehmungsform, die Walser zur Verfügung steht, ist die narzisstische Kränkung, die in diesem Fall auch nazistische heißen könnte. Der innere Impuls, den Walser hier beschreibt, heißt Indifferenz. „Die Leute waren irritiert“, meint Walser, dabei haben sie seine Anspielung, die selbstverständlich mit der Ermordung Kennedys gar nichts zu tun hatte, sondern mit dem 8. Mai 1945, sehr wohl verstanden; irritiert mochten sie gewesen sein, weil sie einmal mehr Walsers tabubrecherischen Mut bewundert haben, schon wenige Stunden nach dem Massaker die wahren Schuldigen zu benennen, nämlich die Amerikaner, und nicht einmal den Anflug jener demonstrativen Betroffenheit erkennen zu lassen, zu der man sich wenigstens in den ersten Tagen nach dem Massaker in Deutschland verpflichtet fühlte. Walser steht exemplarisch für die sofort, aus Feigheit oder Kalkül, einsetzende Absetzbewegung von den USA. Seine Karriere als verfolgende Unschuld, dem immer andere einen Strich durch die Rechnung machen, setzt Walser hier fort. Zusammen mit Christa Wolf und Antje Vollmer gehört er zu den Erstunterzeichnern des „Berliner Aufrufs: Internationalen Terrorismus mit zivilisierten Mitteln bekämpfen“. Unter der Web-Adresse www.zivilisiert.de steht zu lesen, die Anschläge vom 11. September „zeigen die globale Verwundbarkeit in der High-Tech-Welt. Mit ihren Opfern zugleich haben sie vieles getroffen: Symbole und Machtzentren der USA und des globalisierten Kapitalismus, die Sicherheit der Industrieländer und das friedliche Zusammenleben der Kulturen in New York und in der ganzen Welt. Die Opfer stammen aus über 60 Nationen, es waren Christen, Muslime, Angehörige anderer Religionen und religiös nicht Gebundene.“ Ganz abgesehen davon, daß es angesichts der Anzahl der jüdischen Opfer merkwürdig ist, daß diese nicht erwähnt werden: Schon die Stichworte „Symbole“, „Machtzentren“, „globalisierter Kapitalismus“ und „Zusammenleben der Kulturen“ verweisen auf ein Denken, das denen der Attentäter nicht fremd ist, ein Denken, das sich auf Personalisierung und

Symbolisierung gründet und deshalb auf Projektion angewiesen ist. Denn ebenso wenig, wie das World Trade Center in Wirklichkeit Symbol oder Machtzentrum gewesen ist, sondern ein Bürohochhaus, in dem Tausende Menschen ihrer Arbeit nachgingen und nichts anderes taten, als in anderen Bürohäusern der Welt, gibt es jenen Widerspruch zwischen dem globalen Kapital und angeblich autochthonen Kulturen. Entweder das Kapitalverhältnis ist global, dann sind alle Menschen ihm unterworfen, egal ob sie Juden, Christen, Muslime oder Atheisten sind. Ihre Vorstellungen von der Welt mögen aufgeladen sein von tradierten Auffassungen; aber ihr Umgang damit geschieht auf ein und derselben Grundlage, nämlich des Kapitalverhältnisses. Im Selbstmordattentäter, der kein irdisches Paradies mehr kennt, repräsentiert sich die Tendenz des Kapitalverhältnisses zur Barbarei. Gerade der Antisemitismus, der ein zentraler Bestandteil ihres Weltbildes ist, unterscheidet sich nicht vom Antisemitismus in westlichen Staaten. Zu seinem Arsenal gehört die Verschwörungstheorie ebenso wie die Identifikation des Juden mit dem Geldkapital. Die derzeitige Solidarität deutscher und österreichischer Nazis mit den Taliban gegen das, was Horst Mahler den „Mammonismus“ nennt, ist genauer Ausdruck dieser Allgemeinheit des antisemitischen Ressentiments.

Obwohl in der ganzen „Berliner Erklärung“ weder das Wort Antisemitismus noch Israel noch Jude vorkommt, ist „ein zentrales politisches Projekt im Rahmen dieser internationalen Antiterrorkoalition ... der Friedensprozeß im Nahen Osten“. Gefordert wird, zusammen mit der Umsetzung des Mitchell-Planes, „alle wichtigen Organisationen der Palästinenser direkt oder indirekt einzubinden“ in Verhandlungen. So wird die Vermutung, daß die deutsche Haltung zu den Palästinensern die gleichen Gründe haben könnte wie die Sympathie mit den neuen Herren in den national befreiten Zonen Ostdeutschlands, zur Gewißheit. Es wird implizit eingestanden, daß das Massaker vom 11. September durchaus etwas mit Israel zu tun gehabt habe, daß die USA auch als Schutzmacht für Israel getroffen werden sollten. Mit der Formulierung „alle wichtigen Organisationen der Palästinenser“ ist vor allem Hamas gemeint – aber wieso sollten Leute an den Verhandlungstisch, die keine Verhandlungen wollen, deren Ziel in der Vernichtung des jüdischen Staates besteht? Dieser Logik kann nur folgen, wer glaubt das Israel, das der jüdische Staat an sich ein Problem darstellt, und nicht der Antisemitismus und die in seinem Namen exekutierte Gewalt.

Eine weitere intellektuelle Ergänzung der Leugnung antisemitischer Gewalt ist in der sogenannten Finkelstein-Debatte zu beobachten, die von den Ereignissen des 11. September überlagert wird, aber in Deutschland keineswegs eingeschlafen ist. Sie werden sich erinnern: Norman Finkelstein, seit Jahren unermüdlicher antizionistischer Agitator, schrieb ein dünnes Bändchen über die „Holocaust-Industrie“, in dem er die Juden und insbesondere Israel der Instrumentalisierung der Erinnerung an den Massenmord mit dem Ziel beschuldigte, aus ihrem Leiden Kapital zu schlagen. Das Unsägliche an dieser Debatte ist nicht, daß Finkelstein formuliert, was in Deutschland seit 1945 Konsens ist, sondern daß seine These gerade von jenen aufgenommen wird, die sich der Erinnerung verpflichtet fühlen. Das funktioniert wie bei jedem ordentlichen Diskurs: Man kann doch über alles reden.

Vor wenigen Wochen bekam ich die neueste Publikation zum Thema unverlangt zugeschickt: Jean Michel Chaumonts Buch „Die Konkurrenz der Opfer – Genozid, Identität und Anerkennung“, zu dessen Lektüre mich ein Brief anregen sollte, in dem es heißt: „Angesichts der Erfahrung, daß in jeder deutschen Kirche Gedenkgottesdienste für die 6500 Opfer der Anschläge (vom 11. September, Anm. tk) veranstaltet werden, die Bilder der einstürzenden Türme mit getragener Musik dem Fernsehpublikum immer und immer wieder dargeboten werden, der viel höheren Zahl der täglich Verhungerten aber kaum jemand gedenkt, ist die Frage, wie sich eine gerechte Verteilung der knappen Ressource Anerkennung erreichen läßt, von höchster Aktualität.“

Der zu Klampen-Verlag, der Chaumonts Buch herausbrachte, veröffentlicht auch in Deutschland Unveröffentlichtes von Herbert Marcuse und die *Zeitschrift für kritische Theorie* sowie eine wichtige Standardwerke zu den Konzentrationslagern. Ich bin sicher nicht der einzige der diesen Brief erhalten hat. Den zum Teil berufsmäßigen Rezensenten muß das Buch irgendwie schmackhaft gemacht werden, nicht zuletzt will man dadurch seinen Teil des Finkelstein-Marktsegments sichern, denn das Buch wurde ja auch nicht beziehungsweise nicht nur wegen seiner Bedeutung gedruckt, sondern weil es Kasse machen soll.

„Entweder ist die These der historischen Einzigartigkeit eine wissenschaftliche These. Dann ist es offenbar nichts Schlimmes, sie ‚in Frage zu stellen‘: es nicht zu tun, würde heißen, sie dogmatisch anzunehmen und damit das Wissenschaftsethos zu verletzen. Oder es gar keine historische These. Droht sie aber durch ein wissenschaftliches Vorgehen als Glaubensartikel dementiert zu werden, dann geht es uns wie Galilei vor dem Kirchentribunal ...“, wirbt der Verlag in der Vorschau und auf dem Rückumschlag mit einem Zitat Chaumonts – weil solcherlei sich in Deutschland gut verkauft.

Wahrscheinlich hat man sich wirklich lediglich Gedanken um die Vermarktung gemacht, und sich dabei unter der Hand, wie ihr Brief zeigt, den Thesen des Autors angenähert; auch das gehört zur Vermarktung, zu jedem Buch „zu stehen“ und es anzupreisen, als sei es das Nonplusultra.

In meinem Fall jedoch ist das Kalkül nicht aufgegangen: ich werde dieses Buch nicht lesen. Die Assoziation einer jüdischen Inquisition, und sei sie noch so säkular, ist nicht nur deswegen skandalös, weil sie auf eine Verschwörungstheorie anspielt und weil auch Juden auf die Scheiterhaufen der realen christlichen Inquisition geworfen wurden, sondern weil hier die Militanz der Debatte mit dem Ziel der Revision von Auschwitz auf jene projiziert wird, die diese Debatte kritisieren. So werden wie selbstverständlich – das ist die immanente Voraussetzung, um so etwas sagen zu können – Täter und Opfer einmal mehr vertauscht.

Doch zurück zum Brief: Aus ihm spricht das einstmals linke und in der Berliner Republik zivilgesellschaftlich gewordene Ressentiment. Im Terminus *technicus* von der „knappen Ressource Anerkennung“, deren „gerechte Verteilung“ man sich zu bemühen hätte, ist kurz und knapp zusammengefaßt, was die deutsche Zivilgesellschaft nach dem 11. September umtreibt. Wie den Staatshaushalt, den die rotgrüne Regierung auf Vordermann bringen will, muß nun auch endlich „Anerkennung“ – was immer das sein soll – sich rechnen. Nur die Maßeinheit fehlt noch, die Anerkennungsmark oder der Anerkennungseuro.

Dagegen gilt es festzuhalten: Jene, die das World Trade Center für ein Symbol der „ungerechten Weltordnung“ halten, sind nicht so weit von denen entfernt, die auch die Angestellten dort für Juden und Zionisten hielten. In den Augen der Mörder waren alle ihrer Opfer Juden und Zionisten, schuldig dadurch, sich im Zentrum des Bösen aufgehalten zu haben, wo angeblich die Ungerechtigkeit gegen die Völker organisiert wird. Die Ungläubigen, die den Mammon anbeten, sind dem Antisemiten Juden, gleichgültig, ob sie real welche sind oder nicht. In der Ausweitung des Wahns von den realen auf die eingebildeten Juden, so daß alle die Botschaft verstanden haben, liegt der Erfolg der Mörder von New York und Washington.

Auf *indymedia.org* diskutiert man fröhlich darüber, ob es denn so schlimm sei, daß die Antikriegsrhetorik der deutschen Linken von der der NPD kaum zu unterscheiden ist – und denunziert zugleich die USA für ihre patriotische Mobilmachung als Volksgemeinschaft, obwohl man selbst es ist, der sich Gesellschaftlichkeit gar nicht mehr anders vorstellen kann. Man ist so voll Sympathie für die Mörder, daß bisher nicht einmal die Frage aufgeworfen wurde, was diese eigentlich mit ihrem Tun bezweckten. Große Aufregung gibt es hingegen, wenn Bundeskanzler Schröder von einer „Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt“ spricht, weil er damit die banale Erkenntnis unterschlägt, daß gerade die sogenannte „zivilisierte Welt“ ihren Reichtum auf Verbrechen aufgebaut hat.

Aber auf die Idee, daß die Attentäter tatsächlich eine Kriegserklärung intendierten, daß es ihnen um nichts geringeres als eine neue Stufe in ihrem Kampf gegen die Juden und Zionisten und das Böse an sich ging, will lieber niemand kommen. So macht wieder einmal der „Verband deutscher Schriftsteller“ dem Prädikat in seinem Verbandsnamen alle Ehre: „Gerade die deutschen Schriftsteller müssen sich den von der Regierung Bush ausgehenden Kampagnen, ganze Völker und Religionen für die Terror-Attentate vom 11. September verantwortlich zu machen, nachdrücklich widersetzen, damit der Geist vom 9. November 1938 nie wieder Fuß fassen kann.“ So wird die USA mit Nazideutschland verglichen; und so wie der 9. November 38 im Attentat Herschel Grünszpans auf einen Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris den Vorwand für den Pogrom abgab, soll der 11. September demnach ebenfalls lediglich ein Vorwand sein. Jedenfalls steht man wieder einmal auf der Seite der wirklichen Opfer, als die sich die Deutschen nach 1945 immer gefühlt haben. Aus der Erklärung der deutschen Schriftsteller spricht, was man in Deutschland schon immer wirklich über Auschwitz gedacht hat: von der Mitschuld der Opfer bis zur Rechtfertigung der Täter, von der Relativierung der Tat bis zu ihrer Leugnung in Verschwörungstheorien.

Was in der deutschen Linken seit dem Beginn der Al-Aqsa-Intifada – und nach dem 11. September völlig enthemmt – zu erleben ist, ist nichts anderes als die Identifikation mit der antisemitischen Aggression – auch eine Antwort auf die Frage nach der Intention der Attentäter, von der man nicht will, das sie gestellt wird. Auffällig ist seit einem Jahr die Ignoranz gegenüber den Taten des „kämpfenden Volks“ in den Autonomiegebieten: Das zur antisemitischen Wünscherfüllung vorgesehene Kollektiv wird auch dann verteidigt, wenn absehbar ist, daß sich dessen Taten in allgemeiner Projektivität gegen alles richten, was als „anders“ definiert ist – und damit tendenziell auch gegen Linke, die sich anderswo noch dem völkischen Konsens verweigern. Jede

Denunziation dieser Taten als Produkt völkischer Mobilmachung wird als antiislamischer oder antiarabischer Rassismus wiederum denunziert. Es wird schlicht geleugnet, daß die Selbstmordattentäter nur ein einziges Ziel haben, nämlich Juden zu töten. Doch selbst wenn das der Fall wäre, entgegnet der Neunmalkluge, sei das nur Ausdruck der fatalen Folgen der Besatzungspolitik, womit die Juden eine Mitschuld treffe. Nach dem 11. September folgte man den Selbstmordpiloten und erkannte – im Protest gegen US-Maßnahmen – den gleichen Hauptfeind, die USA. In kaum zu überbietenden Rationalisierungsleistungen wurde in den ersten deutschen Stellungnahmen penibel untersucht, ob es denn richtig sei, von einem „Krieg“ zu reden. Mittlerweile ist klar: Es sei ein „Anschlag“ gewesen, der nun – in unverhältnismäßiger Weise – mit „Krieg“ beantwortet würde.

Die Identifikation mit der antisemitischen Aggression kommt nicht zuletzt in der Kälte den Opfern gegenüber zum Ausdruck. Wer sich eben noch darüber aufregte, wie die NATO in Jugoslawien die Opfer ihrer Angriffe als „Kollateralschäden“ bezeichnete, nimmt nun nicht einmal mehr wahr, daß Tausende ermordet wurden, oder es wird trocken zu Protokoll gegeben, daß ja auch niemand über die 24.000 Menschen trauere, die täglich verhungern. Es braucht nicht einmal erwähnt zu werden, daß selbstverständlich die USA dafür verantwortlich sind. Diese Sorte Mitleid für die „wirklichen Opfer“ ist nicht nur deswegen so verlogen, weil man selbstverständlich nichts dafür tut, daß sich das ändert, sondern auch, weil man die Verhungerten immer dann aus dem Hut zaubert, wenn man über Auschwitz nicht reden will: Hier kommt der altbekannte Widerwille zum Ausdruck, mit sehr konkreten Opfern Mitleid zu zeigen.

So ist die ausbleibende „Betroffenheit“ angesichts der Tatsache, daß immerhin auch etwa dreißig Deutsche unter den Trümmern des World Trade Centers begraben liegen, wenig erstaunlich. Während in Großbritannien der Tatsache, daß es sich nicht nur um den bislang schwersten Terroranschlag gegen die USA, sondern auch gegen Großbritannien handelte, große Bedeutung zukommt, ist in Deutschland, obwohl hier dasselbe gilt, das alte deutsche Sprichwort Trumpf, daß wo gehobelt werde, auch Späne fallen. Ein weiterer Grund dürfte in der Tatsache zu finden sein, daß Deutschland seit Jahrzehnten Rückzugsraum und logistisches Zentrum islamischer Klerikalfaschisten ist: Nicht nur das Massaker vom 11. September wurde in Deutschland geplant, in den Neunzigerjahren gab es ernsthafte diplomatische Verstimmungen zwischen Deutschland und Frankreich, nachdem bekannt geworden war, daß die GIA von Deutschland aus ihre Terrorkampagne in Algerien koordinierte. Iranische Oppositionelle möchten schon lange lieber in Großbritannien oder Frankreich leben, weil der Geheimdienst der iranischen Revolutionsgarden in Deutschland weitgehend frei in Aktion treten kann, erinnert sei an die Ermordung iranisch-kurdischer Sozialdemokraten in Berlin Mitte der Neunzigerjahre. Und afghanische Flüchtlinge müssen sich in Deutschland vor den Handlangern der Taliban fürchten.

Nicht zuletzt diese nicht sonderlich verborgene Unterstützung für verschiedene islamistische Bewegungen ist auch die Ursache für die Sicherheitspakete, die von Innenminister Schily in nur wenigen Wochen durchgeprügelt wurden. Sie sind die Voraussetzung, Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen, die nach dem 11. September verloren ging, als bekannt wurde, daß die Attentäter in Deutschland **keine** Unbekannten waren. Es wurde

offenbar, daß der Flirt der rotgrünen Bundesregierung mit dem Islamismus, der in Deutschland „kritischer Dialog“ genannt wird, unerwünschte Nebenwirkungen zeitigt. Das deutsche Ansehen hat in den USA sehr viel schwerer gelitten, als es in der Öffentlichkeit vermittelt wird; Deutschland ist nicht länger Bündnispartner Nummer eins. Als sich die Deutschen in der vergangenen Woche selbst einluden, am Krieg teilzunehmen, folgte das Dementi der USA auf dem Fuße: eine Anforderung deutscher Truppen habe es nicht gegeben. Wenn die deutsche Friedensbewegung ausgerechnet die „bedingungslose Solidarität“ mit den USA kritisiert, ist dies ein interessiertes Mißverständnis, denn damit soll ausgeblendet werden, daß Deutschland eigene Interessen verfolgt. Die Entscheidung am Krieg teilzunehmen ist eine grundsätzliche, Deutschland ist wiedergutmacht und will sich keine Schranken mehr auferlegen lassen und mitentscheiden. Um nicht ein weiteres Mal den Eindruck zu erwecken, dass es letztlich nicht um Solidarität, sondern Konkurrenz mit den USA geht, müssen Ereignisse wie jenes, mit dem ich meinen Vortrag beschließen will, unter den Tisch fallen.

Am 16. September fand in der Folge der Anschläge in den USA ein weiterer Anschlag statt, der kaum Beachtung fand. Die KZ-Gedenkstätte Dachau wurde angegriffen. Im Oktober hielt die Lagergemeinschaft Ravensbrück in Dachau ihre Jahrestagung ab. In der folgenden Resolution formulierten die Mitglieder der Lagergemeinschaft ihren Protest: „Mit Entsetzen haben wir das Ausmaß der antisemitischen Schmierereien gesehen, die in der Nacht auf den 16. September dort angebracht worden waren. Es handelt sich hierbei um den schlimmsten Angriff auf eine KZ-Gedenkstätte seit dem Brandanschlag auf die ehemaligen jüdischen Baracken in Sachsenhausen im Jahre 1991. Mit greller roter Farbe wurden antisemitische und antiamerikanische Parolen auf die kompletten Rückseiten und Seitenwände der beiden rekonstruierten Häftlingsbaracken des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau geschmiert. In diesen Parolen werden Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland beschimpft und gezielt bedroht. Diese furchtbare Tat ist ein Angriff auf das Gedenken an die Opfer des deutschen Faschismus. Aus diesem Angriff spricht ein fortwährender Hass gegen die Verfolgten des Nationalsozialismus. Die Täter demonstrierten mit der Schändung der KZ- Gedenkstätte ihre offene Unterstützung für den Terroranschlag gegen das World Trade Center. Diese Reaktion verdeutlicht vor allem die in der deutschen Öffentlichkeit beschwiegene antisemitische Dimension dieses Attentats.

Die deutschen Neonazis wissen sich in ihrem antisemitischen und antiamerikanischen Hass einig mit den Attentätern. In den Schmierereien werden die USA hasserfüllt als ein von Juden regierter Staat beschimpft. Solche Parolen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau, das von US-Truppen befreit wurde, sind nicht nur antisemitisch, sondern auch ein Versuch der Diffamierung der damaligen Befreier und verdrehen somit die deutsche Geschichte. Die entsetzliche Aggressivität gegen die Opfer des Nationalsozialismus und das Ausmaß des Antisemitismus, die sich in diesen Schmierereien zeigen, ist beängstigend. In der Öffentlichkeit wurde dieser Angriff auf die KZ-Gedenkstätte kaum beachtet. In der Presse waren lediglich kurze und ungenaue Meldungen zu lesen. Es gab keinen Aufschrei und kein Politiker kam nach Dachau. Die

Bedeutung dieses Anschlags wird massiv verharmlost. Die Ermittlung der Täter scheint nur halbherzig betrieben zu werden.“
Diese in Deutschland zurzeit durchaus nicht selbstverständliche Klarheit der Resolution macht jeden weiteren Kommentar überflüssig.